

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

18.6.1931 (No. 139)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. A. Meinhart, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. Einzelnummer 10 Pf. ...

Französische Interaktionen in Wien

Das Einbringen Englands. Aber die Geschichte der englischen Kredithilfe für Österreich...

Die innenpolitische Entwicklung Österreichs ist der außenpolitischen noch nicht ganz nachgeeilt.

Der österreichische Bundespräsident forderte Ender auf, die Neubildung der Regierung wieder zu übernehmen.

Tagung der Stahlindustriellen

Ertrübbau gefordert - Die Zollunion. Die Tagung der Stahlindustriellen...

Im Zusammenhang mit der Notverordnung verwies der Redner schließlich auf den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion...

Die Einladungen zur Weltabdrückungskonferenz

Wie vom Völkerbundsekretariat in Genf mitgeteilt wird, hat der Generalsekretär des Völkerbunds...

Bekannter Bevölkerungsrückgang. Die Bevölkerung der Stadt Berlin ist nach den jetzt vorliegenden Zahlen...

Letzte Nachrichten

Die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken

Annahme der internationalen Konvention. ILO, Genf, 18. Juni. (Tel.) Die internationale Arbeitskonferenz...

Die Konvention bedeutet die internationale Einführung der 7 1/2stündigen Arbeitszeit im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau...

Außer seiner sozialen hat das Abkommen noch eine besondere wirtschaftliche Bedeutung...

Keine Gefahr der Markenverwertung

Mitteilung des Instituts für Konjunkturforschung. IFO, Berlin, 18. Juni. (Tel.) Das Institut für Konjunkturforschung...

Aufhebung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung

IBV, Berlin, 18. Juni. (Tel.) Nach dem Gesetz über die Entschädigung der gewerbmäßigen Stellenvermittler...

Der 50. Deutsche Arzttag in Köln

IBV, Köln, 18. Juni. (Tel.) Im Gürtenich-Saal wurde heute vormittag in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern...

Deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaftstag 1931

IBV, Berlin, 18. Juni. (Tel.) Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften...

Wieder polnische Militärflieger über deutschem Gebiet

IBV, Freystadt, 18. Juni. (Priv.-Tel.) Gestern Abend zwischen 5 und 6 Uhr überflogen zwei polnische Militärflugzeuge...

Zum Reichsbewertungs- und Vermögenssteuergesetz

Auf den 1. Januar 1931 findet eine Hauptfeststellung der Einheitswerte für die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe...

Das Reichsgesetzblatt (Nr. 20 vom 30. Mai) veröffentlicht soeben die Durchführungsbestimmungen...

Als Wehrbeitragswert gilt nach den neuen Bestimmungen der Wert, der der Feststellung des Einheitswertes...

Die Durchführungsbestimmungen unterscheiden zwischen unbebauten Grundstücken, für die der gemeine Wert zu gelten hat...

Der Normalfall wird für die Bezirke und Grundstücksgruppen von den Präsidenten der Landesfinanzämter...

Die Durchführungsbestimmungen unterscheiden zwischen unbebauten Grundstücken, für die der gemeine Wert zu gelten hat...

Werte abweicht, wenn man den maßgebenden Durchschnittshundertfuß des Beitragswertes anwendet.

Als bebaut, nicht zwangsbewirtschaftete Grundstücke gelten alle bebauten Grundstücke, einschließlich der Betriebsgrundstücke, von denen im Feststellungszeitpunkte jeweils weniger als der fünfte Teil einem der bereits genannten drei Wohnungszwangsbewirtschaftungsarten ganz oder teilweise unterliegt. Bebauten Grundstücke, die in üblicher Weise bebaut sind, aber gewerblichen Zwecken dienen, sind mit dem Ertragswert zu bewerten, die übrigen bebauten Grundstücke mit dem gemeinen Wert. Für solche Grundstücke ist grundsätzlich dem Ertragswert der Wert gleichzustellen, der sich ergibt, wenn das Grundstück so wie die zwangsbewirtschafteten Grundstücke bewertet wird. Hierbei können die Landesfinanzämter für die nicht zwangsbewirtschafteten Grundstücke andere Normalätze festsetzen, als für die zwangsbewirtschafteten. Das Recht der Steuerpflichtigen, die Bewertung mit dem tatsächlichen Ertragswert zu verlangen, und die Befugnis der Feststellungsbehörden, den tatsächlichen Ertragswert zu Grunde zu legen, bleibt unberührt.

Bei den mit dem Ertragswert zu bewertenden Grundstücken, die der Gebäudesteuer unterliegen, sind zur Ermittlung des Reinertrages die Grundstückslasten, soweit sie aus Steuerlasten (Grund- und Gebäudesteuer, Gebäudeverschuldungssteuer usw.) bestehen, mit 70 v. H. des Betrages anzusetzen. Bei den mit dem Ertragswert zu bewertenden Grundstücken, die der Gebäudeverschuldungssteuer nicht unterliegen, sind die Steuerlasten mit dem vollen Betrag einzusetzen. Die Landesfinanzämter können im Benehmen mit den Landesregierungen bestimmen, welcher Teil des jährlich im Durchschnitt nachhaltigen Reinertrages von diesem zur Ermittlung des Reinertrages für die nicht aus Steuerlasten bestehenden Grundstückslasten (Nebeneinstufungen, Instandhaltungskosten und sonstige Grundstückslasten) ohne Nachweis abgezogen werden darf. (Schluß folgt.)

Kurze Nachrichten

Beginn des zweiten Mäntental-Mordprozesses. Vor dem Berliner Schwurgericht begann heute, Mittwoch, der Prozeß gegen Mäntentaler Jungkommunisten wegen einer Schießerei, bei der der Maler Artl getötet und zwei Mäntentaler Postbeamte verletzt wurden. Wegen Mordes gesucht werden noch die Arbeiter Rudolf Schiemann und Kurt Kubert, die nach ihrer Tat geflüchtet sind. Der Prozeß wird das Schwurgericht in den nächsten 14 Tagen beschäftigen.

Die „Breslauer Zeitung“ geht ein. Die demokratische „Breslauer Zeitung“ gibt bekannt, daß sie sich gezwungen sieht, das Erscheinen nach mehr als 100jährigem Bestehen mit dem 30. Juni einzustellen. Im Wege der Selbsthilfe haben die Redakteure und Angestellten der „Breslauer Zeitung“ in Form eines genossenschaftlichen Unternehmens die „Neue Breslauer Zeitung“ gegründet, die vom 1. Juli ab erscheinen soll.

Die Kinderarbeit auf der Genfer Arbeitskonferenz. Die Internationale Arbeitskonferenz hat am Mittwoch beschlossen, die Frage des Mindestalters für die Zulassung von Kindern in nichtgewerblichen Berufen auf die Tagesordnung der nächstjährigen Arbeitskonferenz zu setzen. Die Konferenz hat die Aufstellung eines Fragebogens gutgeheißen, damit die Regierungen sich über ihre Stellungnahme schlüssig werden können.

Bau von Unterständen als Fliegerstütze in Frankreich? Die Pariser kommunistische „Humanité“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß der französische Wehr- und Brüdenbaubehörde vom Kriegsministerium und vom Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Verordnung zugegangen sei, in der sie aufgefordert werde, in der Gegend von Paris unzugänglich geeignete Plätze zur Anlage von Unterständen anzugeben, die gegen Fliegerangriffe Schutz bieten.

Wirbelschmerz in Westfalen

Von einem furchtbaren Unwetter wurde Mittwochabend das Elstal zwischen Herfcheid und Hohlhausen (Kr. Alena, Westfalen) betroffen. Ein Wirbelschmerz trug Häuserdächer über 100 Meter weit durch die Luft. Ein schwerer Eisenbahnwagen wurde aus den Schienen geschleudert, eine Fabrik wurde vollkommen zerstört. Es sind drei Menschenleben zu beklagen. Ein Mann wurde durch einen Balken erschlagen, ein anderer durch eine einfallende Mauer. Etwa 40 Personen haben mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen. Etwa 120-140 Wohnhäuser und Nebengebäude sind schwer beschädigt. Die Dächer von sieben Fabrikgebäuden wurden abgedeckt und deren Einrichtung schwer beschädigt. Die Drahtstiftfabrik von Pisdardi ist völlig vom Erdboden verschwunden.

Das Flugschiff „Do X“ ist heute, Donnerstag, früh um 5.30 Uhr nach Bahia gestartet.

Der amerikanische Flieger Hawk hat einen neuen Rekordflug durchgeführt. Er startete am Mittwochmorgen um 5.30 Uhr bei London zu einem Flug London-Rom-Croydon und ist um 17.56 Uhr bereits wieder in Croydon gelandet. In Rom hat er sich zwei Stunden aufgehalten.

Die Schleppung des Polar-U-Bootes „Nautilus“ nach Queenstown in Irland durch den amerikanischen Kreuzer „Thomson“ wurde durch einen Zwischenfall unterbrochen. Etwa 570 Meilen von Queenstown ist heute, Donnerstag, früh das Schlepptau; es konnte jedoch in kurzer Zeit wieder geknüpft werden, so daß die Schiffe ihren Weg bereits wieder fortsetzen.

Aus der Max-Bittor-von-Schiffel-Stiftung wird auch in diesem Jahre ein Reise- und Studienstipendium im Betrage von 500 M an einen begabten badischen Kandidaten vergeben.

Der Rassenforscher Ludwig Ferdinand Claß (Freiburg) ist aus Arabien zurückgekehrt. Er ist mit einem Beduinenvolk jahrelang an den Ufern des Jordan entlang gezogen und gelangte bis zum Reich der Wahabiten. Claß hat eine große Zahl wertvoller Filme von seiner Forschungsreise mitgebracht. Sein Unternehmen wurde von der Reichsgemeinschaft Deutscher Wissenschaft unterstützt. Seine Arbeit galt besonders der Erforschung der Rassenverhältnisse Vorderasiens mit psychologischen Mitteln.

Felix Weingartner bewirbt sich um das Basler Bürgerrecht. Wie die „Neue Baseler Zeitung“ vernimmt, hat sich Felix Weingartner um das Bürgerrecht der Stadt Basel beworben. Der berühmte Musikdirektent, ursprünglich Österreicher, wurde infolge Schietsänderungen nach dem Weltkrieg italienischer Staatsbürger. Das Blatt erfährt gleichzeitig, daß die Stadt Zürich beabsichtigt, Felix Weingartner unentgeltlich das Bürgerrecht zu verleihen. Dieser Plan dürfte durch die Bewerbung Weingartners um das Basler Bürgerrecht gegenstandslos geworden sein.



Zwischen 2 Zigaretten 3 **Waldbrand** Tablettchen, das verhindert den Raucherkatarrh, nimmt dem Atem den Tabakgeruch.

40-Stunden-Woche für die Betriebsangeestellten

Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst mitteilt, hatte die Reichsregierung für Mittwoch die Angestelltenorganisationen zu einer Besprechung wegen Einführung der in der Rotverordnungsung vorgesehenen 40-Stunden-Woche bei den Reichsverwaltungen und -behörden eingeladen. An dieser Besprechung nahmen noch teil der Vertreter Preußens und der Vertreter des Arbeitgeberverbandes preussischer Gemeinden. Der Sprecher der Regierung erklärte eingangs, daß auch auf die Länder und Gemeinden ein Druck ausgeübt werden müsse, sich dem Vorgehen der Reichsregierung anzuschließen. Die Einführung der 40-Stunden-Woche solle eine entsprechende Gehaltskürzung nach sich ziehen. Die hierdurch freierwerdenden Gelder sollten bedürftigen Angestellten zugutekommen.

Im allgemeinen werde aber die Arbeitszeit der Beamten nicht gekürzt. Nach eingehenden Erörterungen gaben die Angestelltenorganisationen, wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten erklärt, die Erklärung ab, daß sie mit Rücksicht auf die am Montag, den 22. Juni, im Arbeitsministerium stattfindenden Besprechungen mit den Spitzenorganisationen betreffend die Ausführungsbestimmungen zu der in der Rotverordnung vorgesehenen einseitigen Arbeitszeiterhöhung bindende Erklärungen nicht abgeben könnten.

Folgende Bedingungen wurden aufgestellt: Zunächst einmal Durchführung der 40stündigen Arbeitswoche in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben ohne weitere Gehaltskürzung. Eine weitere Kürzung auf 40 Stunden soll nicht auf die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe beschränkt bleiben. Die Festsetzung der Arbeitszeit für die Angestellten muß sich auch auf die Arbeitszeit der Beamten auswirken. Die 40-Stunden-Woche darf keine Gehaltsverminderung nach sich ziehen. Erwerbslose Angestellte sind bei der Neueinstellung zu bevorzugen. Die nächsten Verhandlungen finden am 29. Juni statt.

Die Schweiz und der deutsche Handelsvertrag

Im Laufe des Geschäftsberichts des Bundesrates im schweizerischen Nationalrat bewies Bundesrat Schulthess auf das Scheitern der internationalen Bestrebungen hin, die Handelsbeziehungen erträglicher zu machen. Die Lage sei in dieser Richtung schlimmer als je. Der Redner äußerte sich dann über die Internationale Agrarkreditbank. Man dürfe sich nicht zu großen Illusionen hingeben. Die Länder suchten möglichst wenig zu kaufen, aber umso mehr zu verkaufen. Was weiter geschehen solle, sei noch unklar. Vieles wird geprüft. Die Schweiz wird versuchen, ein Maximum der Produktion und des Absatzes zu garantieren. Angesichts der Lage auf den internationalen Märkten müßte die Schweiz den Inlandmarkt besonders halten, damit er nicht auch geschwächt werde.

Gegenüber Deutschland sei die Lage unhaltbar. Die Schweiz sei sehr benachteiligt und müsse unter Umständen daran denken, den Handelsvertrag zu kündigen. Vorher müsse jedoch eine Verständigung versucht werden. Die Arbeitslosigkeit könne die Schweiz belämpfen, wenn sie den Absatz fördere. Mit Sorgen verfolge der Bundesrat die Abfahrentwicklung in einigen Zweigen der schweizerischen Volkswirtschaft. Er hoffe aber, daß der Geist der Solidarität in Europa doch siegen werde. Das sei eine bittere Notwendigkeit.

Die Auswirkungen der Weltkrise auf Frankreich

W. Paris, 18. Juni. (Tel.) „Aberit“ beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Frankreich und schreibt, das französische Parlament verbringe seine Zeit, während die Weltwirtschaftskrise auch auf Frankreich übergriffe. Die amtlichen Statistiken beweisen das; sei doch der Warenaustausch im Mai d. J. der schlechteste seit der Stabilisierung des Franken. Der Unterschied zwischen dem Mai 1930 und dem Mai 1932 sei ebenfalls ein Kennzeichen. Es scheine auch nicht, daß der Außenhandel im Juni dieses Jahres günstiger ausfalle, wenn man nach der allwöchentlich erscheinenden Statistik der gestellten Eisenbahnwaggons urteilen dürfe.

Der amerikanische Schachretiré Mellon wird in den nächsten Tagen in London mit Premierminister Macdonald und mehreren anderen Mitgliedern der Regierung zusammenzutreffen.

Spelterini. 7. Wie aus Jib in Österreich gemeldet wird, ist der berühmte schweizerische Fußballspieler Kapitän Spelterini, der auch in Deutschland in den letzten 45 Jahren zahlreiche Auftritte ausübte, im Alter von 79 Jahren gestorben. Spelterini war der erste, der im Fußball die Alpen überquerte und im ganzen 570 Aufstiege mit über 1200 Personen ausführte.

Kleine Chronik

In Raitzammer (Pfalz) hat eine geistig beschränkte 60jährige Frau ihren gleichaltrigen Ehemann, den Schuhmacher Franz Endlich, mit dem Schusterhammer erschlagen. Die Frau lebte schon einmal 15 Jahre von ihrem Manne getrennt. Streitigkeiten waren an der Tagesordnung.

Bei einem Garagenbrand in Saarbrücken wurden 20 bis 30 Autos vernichtet.

Heute, Donnerstag, früh wurde auf der Lütticher Straße bei Aachen ein Schussverletzter, der 3000 Jigarrillos bei sich hatte, erschossen. Er war auf seinem Fahrrad an einem Postbeamten vorbeigefahren, ohne dessen Aufforderung zum Halten zu befolgen. Ein zweiter Beamter gab einen Warnungsschuss und dann einen Scharfschuß ab, der den Radfahrer in den Rücken traf.

In Lübeck beginnt am 16. September der Prozeß gegen die schuldigen Ärzte des Lübecker Kindersterbens.

In Berlin wurde heute, Donnerstag, früh der Gelbbriefträger Haffel in einem Hausflur von zwei jugendlichen Mäulern überfallen. Er konnte sich mit seinem Gummiknüppel und einer Pistole zur Wehr setzen, so daß die beiden von ihm abließen. Beide, die verhaftet wurden, sind bisher noch nicht vorbestraft. Sie haben in höchster Notlage gehandelt.

In Stettin machte eine 15jährige Schülerin ihrem Leben eine Ende. Sie hatte sich einen Tadel ansehend so zu Herzen genommen, daß sie zur Waffe griff und sich erschoss.

In Nitolmi (Polnisch-Oberschlesien) erschloß ein Arbeiter einer anderen auf dessen Wunsch mit einem alten russischen Gewehr und dann sich selbst.

Ein höherer Wiener Polizeibeamter wurde im Zusammenhang mit Diebstählen, die sich seit längerer Zeit in der Polizeidirektion ereigneten, seines Dienstes enthoben.

In dem Vulkan Fokade in den japanischen Alpen, westlich von Matsumoto, erfolgte am Donnerstag früh eine heftige Eruption, die von starkem unterirdischem Rollen begleitet war. Infolge des Ausbruchs gerieten die Dörfer am Fuße des Berges in einen förmlichen Aschenregen.

Annahme des schweizerischen Versicherungsgesetzes. Das schweizerische Nationalrat nahm am Mittwoch das Gesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung mit 163 gegen 14 Stimmen bei einer Enthaltung an.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(50. Sitzung)

Dr. Karlsruhe, 17. Juni.

In der Nachmittagsitzung, die an Stelle des erkrankten Präsidenten Duffner der I. Vizepräsident Maier eröffnet, wird die Aussprache über

den kommunalpolitischen Antrag des Zentrums fortgesetzt.

Abg. Schwarz (Zentr.) tritt nachdrücklich für die Forderungen seiner Partei ein. Er verteidigt unter häufigen Zwischenrufen das Verlangen nach Wiedereinführung des Unterstützungswohnhauses und Neuregelung der Wandererfürsorge. Der Antrag über die Schlichtungsausschüsse bedeuere in keiner Weise eine Rechtslosmachung der Gemeindebeamten. Das Zentrum billige es nicht, wenn Oberbürgermeister und Bürgermeister überhöhte Gehälter erhalten. (Vehemente Zurufe.)

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) meint, man müsse schon ein großer Optimist sein, um zu glauben, daß durch den Zentrumsantrag der Not der Gemeinden abgeholfen werde. Die Rotverordnung sei für die Gemeinden eine ungenehme Enttäuschung. Der Redner kritisiert die hohen Epibengehälter der Gemeindeoberhäupter. Er beantragt u. a.: Bürgermeistergehälter und Gehälter der Gemeindebeamten dürfen nicht die Bezüge übersteigen, die der Landrat des Bezirks, in Großstädten der Landeskommissar, beziehen. Weiter empfehlen die Nationalsozialisten die schnelle Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer und hälftige Entlastung der Beiträge zur Fürsorge für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Abg. Dr. Brähler (D. Natl.) wendet sich gegen unangebrachte Einstufungen von Gemeindebeamten. Hier handle es sich nicht mehr um wohlverdiente Rechte. Das Zentrum möge seinen Einfluß im obigen Sinne geltend machen. Bei den polemischen Ausführungen des Redners gegen Zentrum und Sozialdemokraten gibt es gleichfalls lebhafteste Zurufe. Den nationalsozialistischen Anträgen stimmt er zu.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) tritt im Schlußwort der Aufsprache entgegen, als ob die Forderungen des Zentrums ein Nichts darstellten. Die Anträge seien im Gegenteil geeignet, den Gemeinden nachhaltige Hilfe zu bringen. Sie seien auch eine wertvolle Ergänzung der Rotverordnung. Durch Bekämpfung der Auswüchse im Wandererwesen, wie es der Zentrumsantrag wolle, werde der Sache am besten gedient. (Der Abg. Dr. Wolfhard erhebt wegen seiner Zwischenrufe im Laufe der Ausführungen der Zentrumsredner eine Ordnungsrufe.)

Die Abg. Graf (Sozdem.) und Köhler (Nat.-Soz.) sprechen nochmals für die Anträge ihrer Parteien.

Die Anträge des Zentrums werden in der vom Haushaltsausschuß beschlossenen Fassung gegen die Kommunisten angenommen.

Annahme findet ferner der nationalsozialistische Antrag, der die Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer anregt. Dagegen stimmen Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Antrag auf Entlastung der Fürsorgebeiträge wird mit großer Mehrheit dem Rechtsplegenausschuß überwiesen.

Die Werbung für Turn-, Sport- und Jugendpflegevereine durch Geistliche und Lehrer

Abg. Dr. Verion (Zentr.) erhebt Bericht über die Eingabe des X. Kreisverbandes der Deutschen Turnerschaft (Baden), die sich gegen einseitige Werbung zum Beitritt in Turn-, Sport- und Jugendpflegevereine durch Geistliche und Lehrer richtet.

Der Haushaltsausschuß beantragt, obiges Gesetz als durch den Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 22. Mai d. J. erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) begrüßt den Erlaß des Ministers, der gewisse Vorkommnisse wie in Ettlingen in Zukunft unmöglich mache.

Abg. Hoffmann (D. Dem. P.) anerkennt den Versuch, eine Synthese zwischen den verschiedenen Interessen zu finden. Die Kinder sollen der Schule und dem Elternhaus überlassen bleiben. Weder die Kirche noch die Vereine sollen davon absehen, frühzeitig die Kinder zu binden und ihnen irgendwelche Verpflichtungen aufzuerlegen. Der Versuch der Synthese sei leider nicht gelungen. Der Schlußsatz des Erlasses schaffe vielmehr zweierlei Recht.

Abg. Großhans (Sozdem.) stellt sich hinter den Erlaß des Ministers. Er bittet dringend, auf dem Wege der Verständigung weiterzugehen. Die Agitation in der Schule müsse aufhören. Durch die verschiedentlich beeinflussung der Kinder entstünden nur Konflikte. Im übrigen seien alle Beiträge zur Gefundung und Erhaltung der Jugendwerkstätten zu unterstützen, sofern sie dabei Maß und Ziel halten. Auch die politische Janaiisierung der Jugend besonders in den Mittelschulen müsse unterbunden werden.

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Kemmel stellt fest, daß die Zuständigkeit des württembergischen und badischen Kultusministeriums grundbestehen sei, und gibt eine Interpretation des ministeriellen Vorgehens. Alle Lehrer würden als Religionslehrer betrachtet, ob sie nun hauptsächlich oder nebenamtlich Religionsunterricht erteilen. Wehr konnte nach Sachlage nicht getan werden. Der Minister unterstreicht gleichfalls, daß man sich allseits verständig zeigen sollte.

Abg. Frau Wigel (Zentr.) spricht anerkennend von den Bestrebungen der Deutschen Turnerschaft. Dieser könne kein besserer Dienst erwiesen werden, als dadurch, daß man sich gegen Entgeltungen und Mißstände wendet. Den katholischen Geistlichen als mitverantwortlich für die Erziehung der Jugend dürfe man doch nicht tadeln. Die Rednerin umschreibt die Aufgaben des Religionslehrers, der die Pflicht habe, das gesamte Leben des Kindes zu beaufsichtigen. Die Ausführungen in der Turnleidungsmode würden die Angehörigen aller Bekenntnisse und Parteien empören.

Abg. Dr. Wolfhard (D. Dem. P.) vertritt die Belange der Deutschen Turnerschaft. Diese wehre sich dagegen, daß man ihr die einmal anvertrauten Kinder entziehe. Auswüchse würden auch von der Deutschen Turnerschaft bekämpft.

Nach einem kurzen Schlußwort des Abg. Dr. Verion wird der Auswahlantrag einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Walber (D. Rp.) berichtet über die Eingabe der Mannheimer Bildhauer über deren Notlage. Der Antrag auf Überweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme findet Annahme.

Es folgt die Beschlußfassung über Straßerfolgungsanträge.

Abg. Köhler (Sozdem.) berichtet über das Erfuchen der Genehmigung der Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abg. Wagner wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Geschäftsordnungsansatz und Plenum konnten sich nicht zur Aufhebung der Immunität entschließen.
Abg. Reuth (D. Sp.) erstattet Bericht über Strafverfolgungsanträge gegen den kommunistischen Abg. Böning. In einigen Fällen des Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erteilt das Haus die Genehmigung zur Strafverfolgung, ebenso in Sachen der Karlsruher Rathschöpfungsgerei.
Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.
Schluß 1/8 Uhr.

(51. Sitzung)

DJ. Karlsruhe, 18. Juni.

Vizepräsident Maier teilt zu Beginn der Sitzung mit, daß das Spargutachten in etwa 14 Tagen den Abgeordneten gedruckt zugehen wird.

Die Arbeitsvermittlung nach Frankreich

Abg. Eichenlaub (Zentr.) begründet eine förmliche Anfrage der Regierungsparteien und der liberal-demokratischen Arbeitsgemeinschaft des Inhalts, ob die Regierung bereit sei, Auskunft zu geben, nach welchen Gesichtspunkten und unter welchen Bedingungen die Arbeitsvermittlung nach Frankreich durch das Landesarbeitsamt Südbadensdeutschland in Stuttgart und die von ihm mit der Vermittlung beauftragten Arbeitsämter erfolgt.

Anlaß zu dieser Interpellation gaben Angriffe gegen die Behörden im nationalsozialistischen „Führer“ und in der kommunistischen „Rahmheuer Arbeiterzeitung“. (Der kommunistische Abg. Lechleiter erhält wegen seiner Zwischenrufe zwei Ordnungsrufe.)

Abg. Böning (Komm. P.) nimmt dann das Wort zur Begründung der förmlichen Anfrage seiner Partei im gleichen Betreff. (Der Interpellant und der kommunistische Abg. Klausmann ziehen sich Ordnungsrufe zu.) Der Redner spricht in seiner scharfen Kritik der Arbeitsverhältnisse von „deutsch-französischem Elanhandl“.

Oberregierungsrat: Emele

Vorstand des Gewerbeaufsichtsamtes, erteilt folgende Antwort: Das Land ist für die öffentliche Arbeitsvermittlung nicht zuhänblich. Nach der vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes für Südbadensdeutschland gegebenen Auskunft beruht die Arbeitsvermittlung nach Frankreich, die zur Zeit ohne erhebliche Bedeutung ist, auf dem Grundsatze der Freiwilligkeit. Deutsche Arbeitskräfte können nach Frankreich vermittelt werden, wenn sie in Deutschland entbehrlich sind und die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Unterbringung den deutschen Verhältnissen entsprechen. Die Arbeitsvermittlung für Frankreich ist in einer Zentrale in Rehl zusammengefaßt, damit im Bedenken mit den französischen Behörden die offenen Stellen auf ihre Eignung für eine Besetzung mit deutschen Arbeitskräften geprüft werden können. Die Vermittlung offener Stellen, die nicht für geeignet befunden werden, wird grundsätzlich abgelehnt.

Abg. Ernst Kraft (Sozdem.) sieht in menschenwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Voraussetzung für die Vermittlung deutscher Arbeitskräfte ins Ausland. Der Redner wendet sich gegen die Kommunisten, die die Gewerkschaften zum Nachteil der Arbeiterschaft zu zerlegen suchen. (Abg. Lechleiter (Komm. P.) erhält den dritten, Abg. Klausmann (Komm. P.) den zweiten Ordnungsruf.)

Abg. Kühn (Zentr.) findet es am Plage, daß dem wilden Anwerben von deutschen Arbeitern wie auch dem wilden Arbeitsuchen im Ausland durch amtliche Vorwissen Schranken gesetzt wurden. Ohne Sicherungen und ohne die Gewähr, daß die Annahme von Arbeit genehmigt wird, dürfe niemand ins Ausland gehen. Man schade sonst dem deutschen Ansehen und setze sich zudem der größten Not aus. Die Art der Regelung der Arbeitsvermittlung nach Frankreich sei zu billigen und der Grundsatze der Freiwilligkeit nachdrücklich zu unterstreichen. Der Redner legt sich zum Schluß mit den Kommunisten auseinander, die angeht die russischen Verhältnisse keinen Anlaß hätten, sich über die Lage der Arbeiterschaft anderwärts zu beschweren. (Abg. Klausmann wird zum drittenmal zur Ordnung gerufen und wegen weiterer Zwischenrufe von der Sitzung ausgeschlossen.)

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) richtet im Anschluß an eine Bemerkung des Vorredners über Süditalien unter Hinweis auf die Separatistengeit scharfe Angriffe gegen das Zentrum, wogegen dieses heftig protestiert. (Ein Tribünenbesucher ruft „Einseitige Geschäftsführung“. Er muß die Tribüne verlassen.) Abg. Köhler verlangt, daß deutsche Arbeiter im Ausland menschenwürdig behandelt werden.

Damit ist die Aussprache beendet.

Vizepräsident Maier schlägt für die Schlußworte eine Konzentrierung der Redezeit auf 10 Minuten vor. Das Haus stimmt unter Protest der Kommunisten zu.

Abg. Böning wird in seiner scharfen Polemik gegen die Vorredner, insbesondere gegen Sozialdemokraten und Zentrum, zum drittenmal zur Ordnung gerufen.

Im Laufe herrscht zuweilen große Unruhe, so daß der Präsident wiederholt mit der Klingel eingreifen muß.

Nach dem Schlußwort des Abg. Böning gibt Vizepräsident Maier dem Eingang neuer Anträge bekannt.

Abg. Dr. Wolfhard (D. Dem. P.) wiederholt seine schon eingangs der Sitzung abgegebene Erklärung, daß in seinem gestrigen Verhalten zu Unrecht eine Brüstung des Landtages erblickt werde.

Um 1 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Das Spargutachten

Gegenwärtig erfolgt die Drucklegung des Spargutachtens. Es wird in etwa 14 Tagen den Abgeordneten des Badischen Landtags zugehen. Der Haushaltsausschuß dürfte seine Beratungen über das Spargutachten, das bekanntlich als Grundlage für die Staatsausstellung dienen soll, Anfang September aufnehmen.

Als Berichterstatter zum Spargutachten hat der Haushaltsausschuß die ordnungsmäßigen Budgetberichterstattung bestellt. Es sind dies für die Hauptabteilungen Landtag und Ministerium des Innern mit den nachfolgenden Ausnahmen der Abg. Reinhold (Sozdem.), Staatsministerium und die Unterabteilungen des Ministeriums des Innern, Sozialversicherung, Wohlfahrtspflege, Haus, Wohnungs- und Siedlungswesen, Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht. Abg. Weib (Sozdem.) für die Kapitel Landwirtschaft und Ernährung, Abg. Schill (Zentr.) für die Hauptabteilungen Justizministerium, Abg. Dr. Wolfhard (Sozdem.), Ministerium des Kultus und Unterrichts, Abg. Dr. Fähr (Zentr.) für die Abteilung Rechnungshof, Abg. von An (Wirtschaftsp.), Finanzministerium (ohne Steuern) Abg. Seubert (Zentr.), für die Unterabteilung Wasser- und Straßenbau, Geologische Landesaufnahme Abg. Dr. Walber (D. Sp.), für den zweiten Hauptteil, Steuern und Finanzgesetz Abg. Küster (Sozdem.)

Der Haushaltsausschuß

hat am Dienstag einmütig einen vollparteilichen Antrag angenommen, demzufolge die Regierung im Hinblick auf die sinkenden Reichsrenten bei der Reichsregierung in Sinne einer Erhöhung des badischen Aufwuchskontingentes vorstellig werden soll. Die Regierung hat dies zugesagt.

Die badische Regierungsumbildung verlag

Die Verhandlungen über die Regierungserweiterung in Baden haben am Mittwoch eine Vertagung erfahren. Am Mittwoch tagten sowohl die Landtagsfraktion des Zentrums wie die der Sozialdemokraten, letztere, um sich mit dem befehligen ablehnenden Beschluß des Sozialdemokratischen Landesauschusses zu beschäftigen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion will nun die Pause benutzen, um die in Betracht kommenden Reichsinstanzen zur Frage der Regierungsumbildung zu hören. Mit der Vertagung erklärten sich Zentrum und Deutsche Volkspartei einverstanden; man erwartet eine endgültige Entscheidung spätestens bis Mitte nächster Woche. Die Annahme, daß der Landtag heute, Donnerstag, in die Sommerferien gehen würde, hat sich dadurch als verfrüht erwiesen. Nachdem die Koalitionserweiterung noch zur Debatte steht und auch noch eine Reihe anderer Arbeiten zu erledigen ist, wird auch die nächste Woche noch für Sitzungen beansprucht werden.

Die „Badische Zentrumspre-Korrespondenz“ verbreitet am Mittwoch einen längeren Artikel zur Regierungsumbildung in Baden, worin zunächst einleitend festgestellt wird, daß die Verhandlungen um die Regierungsumbildung nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten sind. Es folge eine Art historischen Rückblick über den bisherigen Verhandlungsgang. Dann kommt die Zentrumskorrespondenz auf den abweichenden Standpunkt des Landesauschusses der Sozialdemokratischen Partei zu sprechen und bemerkt dazu, überraschenderweise seien die Schwierigkeiten in diesem Landesauschuß entstanden nicht, weil man etwa dem sachlichen Ergebnis der Verhandlungen entgegengetreten wäre, sondern lediglich wegen der Verschärfung der politischen Lage, wie sie im Reich eingetreten war. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich zur Beschlußfassung die nötige Zeit noch ausbedungen, um für die Entscheidung alle in Betracht kommenden Parteinstanzen hören zu können. Da es sich nur um eine kurze Frist handelt, haben Zentrum und Deutsche Volkspartei hierzu das Einverständnis gegeben.

Am Schluß heißt es ferner: „Das Zentrum hat von Anfang an eine klare Linie eingehalten und gedenkt, sie mit aller Festigkeit unerbittlich auch weiterhin zu verfolgen. Die gegenwärtige Lage in Land und Reich erfordert nach der Auffassung des Zentrums mehr denn je, daß niemand abgetrieben werden kann, der angeht die Not von Staat und Volk bereit ist, mitzuarbeiten. Darum wäre es für das Zentrum unerträglich, wenn die Sozialdemokratie sich der Verbreiterung der Koalition, die jetzt durchaus möglich ist, widersetzen sollte.“

Der Karlsruher Korrespondent der demokratischen „Frankf. Zeitung“ erörtert die Schwierigkeiten der Regierungsumbildung und schreibt dazu: „Man hört in diesen Tagen von sozialdemokratischen Politikern bittere Klagen darüber, daß die Demokraten sich weigern, ebenfalls in die Regierung einzutreten, und in der Tat wäre ja für die Sozialdemokratie die Schwierigkeit der Lage mit einem Schlag behoben, wenn die Erweiterung der Regierung sich nicht nur auf die Volkspartei, sondern auch auf die Demokraten erstrecken würde. Die Demokraten sind zu ihrer abweichenden Haltung, worüber in Überlingen gesprochen wurde, durch ernsthafte sachliche Gründe bezogen worden; ihre Führer werden sich aber natürlich in diesen Tagen Gedanken darüber machen, ob sich für sie aus der jüngsten Entwicklung der badischen Dinge und aus der heute deutlich sichtbar gewordenen Gefahr eines ausgesprochen nach rechts tendierenden Regierungskurses in Baden positive Schlussfolgerungen und Möglichkeiten ergeben.“

Der Fall Eder

Das Urteil des kirchlichen Dienstgerichts
Die Urteilabgrenzung im Falle Eder wird erst im kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht werden. Bis diese erfolgt, können mehrere Wochen vergehen. Nun macht Pfarrer Kappes im „Volksfreund“ einige Mitteilungen, die auch von anderer Seite bestätigt werden, und teilt dabei mit, daß das Dienstgericht von den Feststellungen des kirchlichen Verwaltungsgerichts, das Pfarrer Eder seinerzeit selbst angezogen hat, ausging und darauf sein Urteil aufbaute, das den Angeklagten des Dienstvergehens für schuldig erklärte. Dann fährt Pfarrer Kappes fort:

Bei der Strafbemessung wurde Eder zugute gehalten, daß ihm ein tiefreligiöses Wesen zu eigen ist und er religiöse Gründe für sein Handeln ins Feld führen konnte, daß er ferner in seiner Gemeinde segensreich gewirkt hat, und daß eine bedauerliche Vermirrung des Autoritätsbewußtseins als Zeiterscheinung feststellbar ist. Trotzdem seien die Verfehlungen so schwer, daß schmerzhafte Strafen erzwungen wurden und das Gericht der Meinung war, eine Zurücksetzung hätte vertreten werden können. Die niederste Strafe sei ausgesprochen worden, um Eder Gelegenheit zu geben, zu zeigen, daß er gewillt sei, sich in die kirchliche Ordnung zu fügen, das Gericht hoffe, daß es ihm möglich sein werde, dieser Bitte zu entsprechen.

Die Landesversammlung der religiösen Sozialisten wurde am letzten Sonntag in Karlsruhe in Gegenwart von Vertretern der Landesverbände Pforzheim, Württemberg und der Pfalz abgehalten. Nach einleitender Ansprache des Jugendpfarrers Kappes sprach Landesvorsitzender Dr. Dietrich (Mannheim) über die Organisation der religiös-sozialistischen Bewegung. Jugendpfarrer Köstner (Mannheim) sprach zur Anwendung der Synodalkapitel.

Nach der Mittagspause gab Dr. Dietrich das Urteil im Fall Eder bekannt. Mit Eder habe die ganze religiös-sozialistische Bewegung einen Sieg errufen. Die Kirche sollte einsehen, daß der Kampf auch um ihre Willen gesehe. Sie werde es einem sozialistischen Pfarrer einfallen, in der Kirche, in seiner Predigt Parteipolitik zu treiben, aber ebensowenig werde er sich die Freiheit seines Gewissens inebeln lassen.

Schadlingsbekämpfung

Das Badische Weinbauinstitut gibt am 16. Juni folgendes bekannt:
Wie wir voraussetzen, sind in der Zeit vom 9. bis 13. Juni in allen Weinbaugebieten stärkere Peronosporausbrüche an nicht gespritzten Reben, sowohl an Blättern als fallweise auch an Geshainen festgestellt worden. Wenn auch die große Dürre am 14. Juni die Krankheit zum Stillstand brachte, so dürfte sie mit erneuten Eintritt von Gewittern doch weiter umschlagen. Um das zu verhindern, müssen die Reben sofort nach beendeter Blüte erneut gespritzt werden, wobei der Spritztrahl vor allem auch auf die Geshaine zu richten ist, damit die jungen Fruchtnoten vom Pilz nicht angeheftet werden können. Wo kein Gewitter festgestellt wurde, kann man mit Kupferalkalifolien spritzen, wo dagegen Gewitter vorhanden sind, sollte auch diese Bespritzung mit arsenhaltigen Kupferbrühen erfolgen. Sobald sich Mehltau, auch nur in Spuren, zeigt, sofort schwefeln.

Verein für die Schiffahrt auf dem Oberrhein in Basel

Das Projekt des Rheintalcanals

Der Verein für die Schiffahrt auf dem Oberrhein, Basel, hält am 27. Juni seine 25. Generalversammlung ab.

In seinem Jahresbericht für 1930 betont der Verein, daß das abgelaufene Jahr für die Rheinschiffahrt nicht günstig war, wenn auch der Wasserstand von Ende März an bis zum Jahresende, mit einer kurzen Unterbrechung im September, anhaltend gut gewesen ist. Mit Ausnahme von Basel und Straßburg hatten fast alle Rheinhäfen einen starken Verkehrsrückgang aufzuweisen. Als neue Erscheinung in der Rheinschiffahrt auf dem Oberrhein ist zu nennen, die in den letzten Jahren eingetretene Verbesserung der Schleppboote, die ständige Vermehrung und Ausbreitung des Motorbootes mit Dieselantrieb und der immer mehr aufkommende Stückgüter-Eilverkehr durch vermehrte Einsatz von Güterbooten. Was den Schiffahrtsbetrieb von und nach Basel anbelangt, so hat dieser zum ersten Male seit Aufnahme der Großschiffahrt eine Güterumschlagsmenge von über 1 Mill. Tonnen erreicht, und damit ist der Basler Hafen in Bezug auf die Umschlagsmenge in den 15. Rang aller Rheinhäfen gerückt, während er sich noch 1929 im 18. Rang befand. Der Jahresbericht hebt als besondere Bedeutung die im abgelaufenen Jahr begonnene Regulierung der Strecke Rhein-Straßburg hervor, nachdem 27 Jahre zuvor zum ersten Male dieser Gedanke an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Die Durchführung der Niederrheingeregulierung hat auch der Verein für die Schiffahrt auf dem Oberrhein auf seine Fahne geschrieben und seither mit allen Mitteln dafür gekämpft.

Der Bericht zählt ferner die Fortschritte beim Kraftwerkbau Kembs auf, dessen Bauarbeiten immer vorwärts gehen, als ursprünglich angenommen wurde, so daß 1932 mit der Inbetriebnahme des ersten Seitenkanals gerechnet werden kann. Was die Fortsetzung des Grand Canal d'Alsace über Kembs hinaus anbelangt, so ist nach einer Mitteilung des Handelskammerpräsidenten von Nancy ein Projekt für die Kraftstufe Ottmarsheim bei der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt noch nicht eingetroffen. Dagegen soll ein Projekt für den Seitenkanal in seiner ganzen Erstreckung von Kembs bis Straßburg mit sieben weiteren Kraftstufen laut Presseberichten von der französischen Regierung an die Kammer geleitet worden sein. Im Elsaß besteht die Absicht, die Kaligruben durch einen Kanal an den Rhein-Rhône-Kanal anzuschließen und bei der Grube Theodore einen Umschlaghafen zu erstellen, sowie Anlegestellen bei Wittenheim, Ruelshausen und Wattenheim. Die Abmessungen des Kanals sollen für 300-Tonnen-Schiffe berechnet sein.

Der Verein betont zum Schluß die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Rheinschiffahrt und Eisenbahn. Die im vergangenen Jahre angeführten Tariffragen haben zur Zeit noch keine Abklärung erfahren. Nachdem die Regulierung im Gange ist, wendet sich der Verband nunmehr wirtschaftlichen Fragen zu. Er legt zur Durchführung dieser Aufgaben der Generalversammlung neue Statuten zur Genehmigung vor.

Die Studentenschaft organisiert freiwillig Arbeitsdienst

Unter Führung der badischen Studentenschaften ist Anfang des Jahres ein „Studentisches Amt für Arbeitsdienstkolonien in Baden“ ins Leben gerufen worden, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, den freiwilligen Arbeitsdienst, der bekanntlich auch in der neuen Notverordnung ein besonderes Kapitel einnimmt, nachdrücklich im ganzen Lande zu propagieren und praktisch durchzuführen. Dieses Amt, das schon seit einiger Zeit in Wirksamkeit ist, findet allenthalben weitestgehende Unterstützung, so daß schon in Kürze mit der Einrichtung regelrechter Arbeitsdienstkolonien gerechnet werden kann.

Zunächst ist geplant, eine solche Arbeitsdienstkolonie in Göttingen (Amt Vörrach) ins Leben zu rufen. Man denkt daran, die Kolonie in zwei Gruppen zu je 40 Proz. Studenten, 35 Proz. Arbeitslosen und 25 Proz. Jungbauern zu teilen. Die Teilnehmer an der Kolonie werden mit verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt, zu denen in erster Linie Entwässerungsarbeiten, Meliorationsarbeiten und ähnliches gehören. Löhne und Gehälter werden nicht bezahlt. Es wird von der Organisation aber Sorge für eine ausreichende Verpflegung und ein geringes Taschengeld getragen. Die Finanzierung soll mit Unterstützung der Landesarbeitsämter, der Studentenschaften, der Landwirtschaftskammern und des Staates durchgeführt werden.

Daß es den Urhebern der Idee mit ihren Plänen durchaus ernst ist, und daß mit einer Verwirklichung der Ziele gerechnet werden kann, geht daraus hervor, daß schon von zahlreichen hervorragenden Stellen und Körperschaften weitestgehende Unterstützung zugesagt worden ist. So hat der Präsident des Arbeitsamtes die Absicht, Mittel aus der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung zu stellen. Die christlichen Gewerkschaften und der Landarbeiterverband haben durch ihren Beitritt ihre Hilfsbereitschaft dokumentiert.

Zur Beachtung für Italienreisende

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen deutsche Wandernde in Italien wegen Unterlassung der Anmeldung oder wegen Nichterholung der Aufenthaltserlaubnis von den örtlichen Polizeibehörden belangt und gerichtlich auf 3-4 Wochen Haft (s. L. Einzelhaft bei schlechter Kost und mangelnder Hygiene) bestraft worden sind. Italienreisende seien daher erneut darauf hingewiesen, daß sie sich innerhalb dreier Tage nach ihrer Einreise in Italien polizeilich anzumelden und sich die Aufenthaltserlaubnis zu beschaffen haben.

Handel und Viehwirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	18. Juni		17. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.39	169.73	169.40	169.74
Kopenhagen 100 Kr.	112.71	112.93	112.68	112.90
Italien 100 L.	22.06	22.08	22.04	22.06
London 1 Pf.	20.473	20.513	20.47	20.51
New-York 1 D.	4.2085	4.2165	4.2065	4.2145
Paris 100 Fr.	16.474	16.514	16.515	16.499
Schweiz 100 Fr.	81.75	81.901	81.72	81.88
Wien 100 Schilling	59.14	59.25	59.153	59.275
Brag 100 Kr.	12.466	12.480	12.465	12.485

Veruhigung am Devisenmarkt. Die scharfe Diskontenherabsetzung der Reichsbank, vor allem aber die Beseitigung der innerpolitischen Krise in Deutschland und die Einigung des ökonomischen Bundes mit den ausländischen Gläubigern der Kreditanstalt, haben die Veruhigung gefördert. Die Gelbhaube des Auslandes haben am Mittwoch sichtlich nachgelassen, so daß die Devisenanforderungen nur einen geringen Teil des Umlanges der Vorklage erreichten. Private Schätzungen, die auf 10-20 Mill. Anmeldungen lauteten, dürften der Wirklichkeit entsprechen. Der Bedarf erstreckte sich im wesentlichen nur auf fran-

zöfische Franken und Dollars. Einige führende Valuten, wie die Sterlingdevisen, von der sogar einiges Material heraus kam, und der holländische Gulden blieben zur amtlichen Notiz sogar etwas hinter dem Stande vom Dienstag zurück.

Mindestfuß der deutschen Goldbilanzenbank. Der Mindestfuß der deutschen Goldbilanzenbank beträgt vom 18. Juni 1931 an 6 Prozent.

Der Zuckerpreis

Kleinhandelspreis um 10-12 Pfennig per Kilo erhöht
Am 16. Juni ist die Zuckerteuererhöhung von 10,50 M auf 21 M in Kraft getreten. Die Zuckerindustrie hat die Steuer voll auf den Konsum abgewälzt, was dadurch möglich war, daß die Steuer auch bei eingeführtem Zucker noch zusätzlich erhoben wird. Für den Kleinhandel bedeutet sie eine Verteuerung um etwa 10-12 Pf pro Kilo, wobei darauf hinzuweisen ist, daß heute am Weltmarkt kaum ein Drittel des Inlandspreises erzielt wird. Es ist anzunehmen, daß ein Konsumrückgang eintreten und der zuviel erzeugte Zucker ausgeführt wird, und zwar zu den Verlustpreisen des Weltmarktes. Im Hinblick auf die Feststellung der Enquete-Kommission, welche das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die technische Mängelhaftigkeit der deutschen Zuckerindustrie hingewiesen hat, wird auf die Notwendigkeit der Rationalisierung hingewiesen, durch die es gelingen würde, die neue Massenbelastung abzuschwächen.

Die Landeszentrale des Bad. Einzelhandels teilt folgendes mit:

Süddeutscher Kristallzucker Ia. Qualität kostete den Kleinhandel bisher im Einkauf 61-62 M pro 100 Kilo. Nehmen wir zu unserer Kalkulation nur den Mindestfuß von 61 M pro 100 Kilo und rechnen wir hierzu 0,85 Proz. Umsatzsteuer gleich 50 Pf., 3 Proz. für Einwiegen gleich 1,83 M und 5 Proz. Rabatt vom Verkauf gleich 3,30 M, so kosten die 100 Kilo Zucker den Einzelhändler selbst 66,63 M pro 100 Kilo. Verkauft wurde der Zucker vom Einzelhandel aber allgemein für 66 M pro 100 Kilo. Bedenkt man, daß in obiger Kalkulation nicht berücksichtigt sind die gesamten Lohntosten (Ladenniete, Personal, Heizung, Licht usw.), daß ferner nicht einbezogen sind die recht beträchtlichen Steuern (abgesehen von der Umsatzsteuer), und daß endlich keinerlei Händlergewinn in Ansatz gebracht wurde, so kann man sich ein Bild davon machen, welches „Mießegeheiß“ der Zuckerverkauf für den Einzelhändler bedeutet. Es dürfte wohl jedermann klar sein, daß es dem Einzelhandel bei diesem Artikel noch nicht einmal möglich war, die reinen Geschäftskosten herauszuwirtschaften, während von einem Händlergewinn überhaupt keine Rede sein konnte. Der Einzelhandel hat seit einem Jahrzehnt dieses Opfer im Interesse der Gesamtbevölkerung stillschweigend auf sich genommen. Die ab 16. Juni mit Inkrafttreten der Zuckerteuerverdoppelung geltenden neuen Zuckerteuer bedeuten dabei nicht im geringsten eine Verbesserung der bisher üblichen Kalkulation der Verkaufspreise, obwohl diese Verbesserung der Kalkulation dringend erforderlich wäre. Der Einzelhändler muß sich leider nach wie vor dazwischenfügen, beim Zucker wie bei so manchen anderen Artikeln auch, lediglich der Kundschafft zu dienen, ohne für sich selbst irgendwelche Vorteile herauszuwirtschaften zu können.

Die Zellstofffabrik Waldhof-Mannheim stellt in ihrem Jahresbericht fest, daß der Verbrauch an Papier jetzt eine Vervielfachung erfahren habe, daß andererseits die zunehmende Produktion auf die Preise drücke. Dagegen hat die Zellstoffindustrie versucht, durch Syndizierung, durch Konventionen und durch eine internationale Produktionsbeschränkung Abhilfe zu schaffen. Da die Syndizierung erst am 1. Januar 1931 in Kraft getreten sei, so könne über ihr Ergebnis noch kein Urteil gefällt werden. 1930 wurde die Produktion der Zellstofffabrik nicht vermindert. Für Zellstoff war eine leichte Steigerung zu erreichen. Die Vorräte an Fertigfabrikaten sind trotz des Preisrückgangs etwa 20 Proz. höher. Auch die Holzvorräte haben sich ziemlich erhöht. Der Holzmarkt befand sich in ganz normaler Verfassung. Während die finnische Lohrergesellschaft im vorigen Jahre noch etwa 16 Mill. Reichsmark flüssige Mittel bei Waldhof angelegt hat, wurden diese zur Baubilanzierung vollkommen abgehoben und außerdem noch ein Kredit von 2,38 Mill. Reichsmark von Waldhof beansprucht. Die Erzeugung des laufenden Jahres sei größtenteils bereits verkauft. Zellstoff Waldhof erzielte nach Abschreibungen von 3,231 (3,566) Mill. Reichsmark einen Reingewinn von 2,654 (5,017) Mill. Reichsmark, wovon 6 Proz. (i. B. 12 Proz.) Dividende verteilt und 0,388 (0,501) Mill. Reichsmark auf neue Rechnung vorgezogen werden sollen. Über das laufende Geschäftsjahr wird mitgeteilt, daß mit der Vervollendung des Werkes in Korpalm (Finnland), dessen Bau die Gesellschaft im übrigen als eine absolut richtige Maßnahme bezeichnet, und mit der Zentralisierung des Verkaufs des Zellstoffindikalits, der eigenen Verkaufsgesellschaft für Papier, die Zentralverwaltung im Laufe des Jahres von Mannheim nach Berlin verlegt werden soll.

Strafantrag des Wirtschaftsministers gegen Kohlenhandel. Der Reichswirtschaftsminister hat, wie die „Woll. Zig.“ berichtet, gegen den süddeutschen Kohlenwirtschaftsverband und noch acht andere Verbände, sowie Kohlengroßhändlerverbände (Stuttgart, Reutlingen, Mannheim) wegen Verstoßes gegen die Kartellordnung beim Kartellgericht Berlin, Strafantrag gestellt. Der Verband hat über mehr als 100 süddeutsche Kohlenhandlungen die Sperre verhängt, ohne die vorgeschriebene Einwilligung des Kartellgerichtsvorsitzenden zu dieser Maßnahme einzuholen.

Liquidation der Gewerbe- und Handelsbank Rüstental v. G. m. b. H., Baden-Baden. Die auf Mittwoch abend einberufene Generalversammlung zur Beschlußfassung über die Liquidation des Unternehmens konnte in eine Beschlußfassung nicht eintreten, da das von Statut und Gesetz vorgeschriebene Viertel der Mitglieder nicht anwesend war. Es wird daher eine neue Generalversammlung auf den 26. d. M. einberufen, die dann ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder endgültig beschließen kann.

Die Österreichische Nationalbank hat in ihrer außerordentlichen Generalversammlung die neuen Statuten genehmigt.

Gemeinderundschau

Errichtung eines Schwimmbades in Waldbrunn. Die Vorarbeiten zur Durchführung des Schwimmbadprojektes sind soweit geleistet, daß die Pläne nunmehr dem Bezirksamt zur Genehmigung vorliegen. Im sonnigen, windgeschützten Maresbachtal wurde ein Gelände von 146 Ar käuflich erworben. Der Bau des Schwimmbades erfordert einen Kostenaufwand von 22.000 M, von denen etwa 12.000 M den beim Bau beschäftigten ausgesetzten Arbeitern zuzuführen. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß das Bad Anfang Juli eröffnet werden kann.

Der Bürgerausschuß Neckargerach genehmigte einstimmig den Voranschlag für 1930/31, der einen ungedeckten Aufwand von 26.223 M enthält. Bürgersteuer und Gemeindefördersteuer mußten mit einem Zuschlag von 100 Proz. eingeführt werden.

Wechsel in Kommunalvertretungen. In Hebelberg hat der wolksparteiliche Reichsanwalt Edwin Leonhard sein Mandat im Stadtrat niedergelegt und ist gleichzeitig aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Er begründet diesen Schritt mit den Karlsruhe Koalitionsverhandlungen, die den Eintritt der Volkspartei in die Regierung zum Ziele haben. An Stelle des zurückgetretenen Gemeinderats Hermann Schmitt (Staatspartei) in Hehl tritt Herr Christian Sauwald in den Gemeinderat ein. Da für die letzte Gemeinderatswahl Staatspartei und Zentrum eine gemeinsame Liste eingereicht hatten, wäre als Nachfolger Schmitts ein Zentrumsmann in Frage gekommen. Die Partei hat aber verzichtet und den Platz dem nachstehenden Kandidaten der Staatspartei überlassen.

Zwangsetatistierungen. Bei der letzten Bezirksratsitzung in Bruchsal wurde die Tatsache bekannt, daß die Gemeinden Rheinhausen, Unteröwisheim, Oberhausen, Neudorf, Kronau, Feutern, Hambrücken, Karlsdorf und Mingsolsheim im Wege der Staatsaufsicht angewiesen wurden, den Gemeindevoranschlag für 1931 aufzustellen. Genehmigt wurden die Voranschläge für 1931 in 7 Gemeinden.

500-Jähriges Gemeindejubiläum. Die Gemeinde Au (Murgtal) feiert in diesem Jahre ihr 500jähriges Bestehen. Sie ist aus einer Siedlung der Holzhauer hervorgegangen. Im Juli d. J. soll das neue Schulhaus eingeweiht und damit die 500-Jahr-Feier des Dorfes verbunden werden.

Innenrevisor für eine Städtische Sparkasse. Für die Sparkasse Offenburg soll infolge der letzten Unterhaltungen ein Innenrevisor angestellt werden, der die gesamten Abteilungen über Buchführung, Belege und Auszüge zu kontrollieren und des öfteren Kassensätze vorzunehmen hat. Dem Bürgerausschuß wird vom Stadtrat eine entsprechende Vorlage zugehen.

Aus der Landeshauptstadt

Wiederkehrfeier alter Karlsruher Gymnasien. Letzten Samstag und Sonntag trafen sich in Karlsruhe eine große Zahl der Altkarlsruher des humanistischen Gymnasiums des Jahrgangs 1886 zur Wiederkehrfeier nach 46 Jahren. Schon am Freitag hatte eine Abordnung dem derzeitigen Direktor des Gymnasiums eine größere Spende überreicht, die für die Schüler- und Lehrerbücherei Verwendung finden soll. Am Samstagvormittag wurde ein Kranz auf dem Grabe des unbegleiteten, sechsjährigen Leiters des Gymnasiums, Geheimrats Dr. Gustav Wendt, niedergelegt. Mittags traf man sich auf der Hauptwache. Abends fand dann die eigentliche Feier im Hotel Reichshof statt. Groß war die Freude, daß von den wenigen noch lebenden Lehrern einer es sich trotz seiner 78 Jahre nicht hatte nehmen lassen, von Freiburg herbeizukommen, Geheimrat Edmund Rebmann. Ein Mitschüler hielt eine Gedächtnisrede auf die Lehrer und Mitschüler, die nicht mehr am Leben sind. Konzertfängerin Hilde Baulus verles eine Rede auf die Feier. Der Sonntag brachte die alten Penäler mit ihren Damen in einem Koffauto durch das Murgtal auf die Herrenwiese, wo man im Kurhaus die schöne Feier ausklingen ließ.

Das Kartell techn. Verbindungen Badens hielt sein 10. Stiftungsfest unter Beteiligung von nahezu 300 Mitgliedern am Sonntag, den 14. Juni, auf Wilhelmshöhe in Ettlingen ab. Am Vormittag hielt unter Vorsitz des Ingenieur Hans Greller, Mannheim, ein Konvent, bei dem das Programm für das bevorstehende Geschäftsjahr festgelegt wurde. Erfreulicherweise haben sich Fachgenossen zu einer Reihe von technisch-wissenschaftlichen Vorträgen in Mannheim und Karlsruhe bereit erklärt, so daß auch im kommenden Jahre das Kartell wieder eine rege Tätigkeit entwickeln wird. Im Mittelpunkt der Tagung stand der Festkommers. Die Vorträge von 9 Verbindungen in vollem Maße gaben der Veranstaltung ein festliches Gepräge. Das Referat des Tages hatte der Vorsitzende, Herr Ingenieur Greller, übernommen. Er entwickelte als Hauptziel der Bestrebungen des Kartells technischer Verbindungen Baden die Erziehung seiner Mitglieder im Sinne des Wahlspruches „Freiheit, Ehre, Vaterland“. Als besonders feierlicher Akt ist noch die Aufnahme der „Marschenschaft Götterkammer“ an der Rheinischen Ingenieurschule in Mannheim in das Kartell hervorzuheben.

Man nimmt sich ein Fahrrad... Am gestrigen Tage wurden 6 Fahrräder von der Straße weggehoben. Die Eigentümer hatten zum Teil die Unvorsichtigkeit begangen, ihr Vehikel nicht anzuschließen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Donnerstag morgen: Ein Tiefdruckausläufer ist heute nacht über unser Gebiet gezogen und hat im ganzen Lande Gewitter verursacht. Anschließend hat es bis in den Vormittag hinein fast anhaltend geregnet, da hinter der Front kühlere maritime Luft einströmte. Für morgen ist infolge weiterer Zufuhr maritimer Luft mit Fortdauer der kühleren Witterung zu rechnen. Voraussage: Zeitweise heiter, nur mäßig warm, höchstens vereinzelte leichte Regenschauer bei lebhaften Westwinden.

Wasserstände: Waldbrunn 380 unverändert, Bafel 191 -4, Schusterinsel 258 -4, Rehl 385 unverändert, Maxau 588 +3, Mannheim 476 unverändert, Taub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Kommunistische Störungsversuche
W.B. Freiburg i. Br., 17. Juni. Vor der Wirtschaft „Zum Martinator“ in der Löwenstraße bildete sich am Mittwochabend eine Gruppe von etwa 20 bis 25 Personen, die zum größten Teil der kommunistischen Partei angehörten. Da diese Anjanmlung eine Verlesung zur Folge hatte, wurde die Gruppe von einem Polizeibeamten aufgefordert, die Straße zu räumen. Die Leute leisteten jedoch der Aufforderung des Beamten keine Folge, sondern griffen ihn tätlich an und versuchten ihn zu entwaffnen, indem sie ihm den Gummihüpfel aus der Hand schlugen und das Seitengewehr abrißen. Der Beamte, der von der Menge mißhandelt wurde, mußte schließlich von der Schutzwaffe Gebrauch machen; dabei wurde einer der Angreifer verletzt. Das verstärkte Notrufkommando stellte schließlich die Ruhe wieder her. Im Ganzen wurden acht Personen verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

W.B. Mannheim, 18. Juni. Zum Sommer-Semester 1931 wurden an der Handels-Hochschule 171 Studierende neu aufgenommen gegen 170 im Sommer-Semester 1930 und 112 Studierende im Winter-Semester 1930/31.

W.B. Hehl, 17. Juni. Das von der früheren Gemeinde Dorf Rehl vor dem ehemaligen Rathaus ihren Kriegsteilnehmern von 1870/71 errichtete Denkmal war bekanntlich in der Nacht vom 23./24. Juni von französischen Soldaten zerstört worden. Die herabgerissene Kriegertür wurde schließlich im städtischen Bauhof untergebracht. Jetzt wurde das Stadtbauamt vom Gemeinderat beauftragt, einen Kostenantrag für die Wiederherstellung des Denkmals einzureichen. Es ist beabsichtigt, das wiedererrichtete Denkmal mit dem Bionierdenkmal Ende August zu weihen.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

W.B. Freiburg i. Br., 17. Juni. In Hochdorf überfiel ein 56 Jahre alter Mann am Ausgang des Ortes seine auf einem Rade daherkommende Nichte, riß sie in einen Graben und versuchte ihr mit einem Messer den Hals durchzuschneiden. Ein Arbeiter schlug mit seiner Peitsche auf den Unhold ein, der daraufhin die Flucht ergriff. Die Gendarmerie stellte den Täter in dem angrenzenden Waldchen, wo er sich jedoch einen tödlichen Stich in die Herzgegend beibrachte. Das Mädchen hat erhebliche Schnittwunden am Hals davongetragen. Vor 80 Jahren hat der Täter in einem Streit einen älteren Mann erstochen. Der Täter war schwerer Alkoholiker.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Landwirtschaftliche Frauenschule „Maria Immaculata“ auf Klosterhof Nitsberg in Gengenbach (Baden).

Die Landwirtschaftliche Frauenschule „Maria Immaculata“ auf Klosterhof Nitsberg in Gengenbach (Baden) wird als Ausbildungsanstalt für ländliche Hauswirtschaftlerinnen mit der Prägung anerkannt, daß für die Ausbildung und Prüfung der Köchlinge die staatlich genehmigten Bestimmungen maßgebend sind.

Karlsruhe, den 18. Juni 1931.

Der Minister des Innern
J. Wittmann.

Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 15. Juni 1931 im Lande Baden verzeichnet:

Maul- und Klauenlause:	
Amisbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Oberhausen, Philippsburg
Heidelberg	Sandhausen
Karlsruhe	Epfö
Mannheim	Mannheim-Neckarau, Godesheim, Pfersheim, Schriesheim
Wiesloch	Neckarbad
	Not, Waldbrunn
Schweinepest:	
Amisbezirke:	Gemeinden:
Heidelberg	Heidelberg-Gaundelsheim
Bad	Müzzel
Mannheim	Mannheim-Friedrichsfeld, Mannheim-Sodenheim, Mannheim-Wallstadt, Baden, Ostersheim, Schriesheim
	Ludwigsbafen
Stadach	Reinheim, Leutershausen
Weinheim	
Milchbrand:	
Amisbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Mannheim-Sandhofen
Neckarbad	Zwingenberg
Badisches Statistisches Landesamt.	

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Eberbach (Baden)

ist alsbald neu zu besetzen. Die Wahl erfolgt durch den Bürgerausschuß auf 9 Jahre. Die Regelung der Gehaltsbezüge und Anstellungsbedingungen bleiben besonderer Vereinbarung vorbehalten.

In Betracht kommt nur eine Persönlichkeit, die die für das Amt erforderlichen rechtlichen und wirtschaftlichen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen nachweisen kann.

Bewerbungen mit Angaben über Lebenslauf, bisherige Tätigkeit, Gehaltsansprüche usw. und beglaubigten Abschriften von Zeugnissen sind bis 27. Juni 1931 an den Unterzeichneten zu richten. Persönliche Vorstellung vor Aufforderung ist nicht erwünscht.

Eberbach, den 9. Juni 1931. 2244

Der Bürgermeister:
Dr. Franz.

1875. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Christian Dertel, Inhaber Heinrich Dertel in Karlsruhe, Kaiserstraße 101/103, Wäsche- und Ausstattungs-geschäft wurde heute mittags 12 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Buchrevisor Otto Marx in Karlsruhe, Bad. Handelshof. Vergleichstermin ist am Dienstag, den 7. Juli 1931, nachm. 3 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 4, 2. Stock, Zimmer Nr. 131. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 15. Juni 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 3.

1876. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Valentin Haig, Elektrotechniker in Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstr. 13, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Die Vergütung des Konkursverwalters wurde auf 2.000 M und seine Auslagen auf 200 M festgesetzt. Karlsruhe, den 15. Juni 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 3.

Offenburg. R. 520 Güterrechtsregisteramttrag Band 11, Seite 480: Ludwig Seigel, Maler, Schützterwald, und Karolina geb. Steible. Vertrag vom 29. April 1931; Gütertrennung. Offenburg, 16. Juni 1931. Amtsgericht III.

Badisches Landestheater
Freitag, 19. Juni 1931
* F 29. (Freitagmiete)
Th. Gem. II. G. Br.
Die geliebte Stimme
Oper von Weinberger
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha

Mittwochen:
Grünwald-Sehjetz, Haberlorn, Meiling, Mininius, Faltz, Kalnbach, Rieker, Wöber, Rentwig, Deemer, Schoepflin, S. Mininius
Anfang 20 Ende 224
Preise C (1-7 M)

Sa. 20. 6. Zu keinen Preisen: Der lustige Krieg. So. 21. 6. Neu einstudiert: Boris Godunow. Im Konzertsaal: keine Vorstellung.